

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

März 2019

Informationsbrief

2019/1

Seite

Editorial Pfr. Dieter Kuller	2
Angstprediger? Pfr. Dieter Kuller	2
„Einer trage des andern Last“ Bischof Dr Hans-Jürgen Abromeit	4
Gottes erwähltes Volk - dürfen Juden zu Christus bekehrt werden? B. v. Bonin.	7
Die Freiheit in Christus und unsere Freiheiten Pfr. Gerhard Nörr	9
Das entstellte Geschichtsbild der Kreuzzüge in das Heilige Land B. v. Bonin ...	12
Gender-Mainstream und Pädagogik – Wie passt das zusammen? Josef Kraus ...	13
„...Dein Wille geschehe...“ Bolko v. Bonin.....	15
Nachrichten zu den Themen	
Kirche	15
Oekumene.....	16
Christenverfolgung.....	17
Ehe und Familie	18
Kampf für ungeborene Kinder	19
Gender-Ideologie.....	21
Aufgelesen.....	22
Zum Nachdenken	23
Literaturhinweis	23
In eigener Sache	24
Impressum	24

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wir leben in einer Post-Wahrheitsära“ sagte der bekannte evangelische Theologe Jürgen Moltmann vor kurzem in einem Interview mit dem Münchner Sonntagsblatt. Ein Beispiel für diese Feststellung ist das Buch von Liane Bednarz ‚Die Angstprediger‘ in dem sie versucht aufzuzeigen, wie „rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern“. Schon die beiden Worte ‚Angstprediger‘ und ‚unterwandern‘ wecken Emotionen, die nicht wahrheitsförderlich sind. So geht es mit vielen Meldungen, die heute von den Medien verbreitet werden. Mit unseren Informationsbriefen versuchen wir der Wahrheitsfrage nachzugehen, besonders bei Themen, die kontrovers diskutiert werden, wie z. B. das Christuszeugnis für Juden, Gender-Ideologie, Ehe und Familie u. a. Der Wahrheitsfrage dient auch die evangelische Nachrichten Agentur ‚idea‘, weshalb wir empfehlend auf ‚idea‘ hinweisen und wichtige Nachrichten weitergeben, die von den Massenmedien gerne übergangen werden.

„*Seht, wir gehen hinauf nach Jerusalem, und es wird alles vollendet werden, was geschrieben ist durch die Propheten von dem Menschensohn*“ (Lk 18,31) so lautet der Wochenspruch vom 3. März diesen Jahres im Blick auf die nahe Passionszeit. Mit unseren Gedanken gehen auch wir hinauf nach Jerusalem und bekennen mit Stefan Andres: „Seine Gerechtigkeit gegen mich hätte ich begriffen, seine übermäßige Liebe ist unbegreiflich“ (EKG S. 169).

Eine gesegnete Passions- und Osterzeit wünscht Ihnen

Pfarrer Dieter Kuller

Angstprediger?

„Die Angstprediger“, so der Titel eines neuen Buches von Liane Bednarz mit dem Untertitel „Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern“. „Rechte Christen“ zeichnen sich nach Meinung der promovierten Juristin dadurch aus, dass sie einen „Kampf gegen eine angebliche ‚Islamisierung‘, Kampagnen gegen die ‚Ehe für alle‘ und die ‚Frühsexualisierung‘ an den Schulen, Abtreibung und den sogenannten Genderwahn“ führen. Die Autorin sieht darin einen „Kreuzzug gegen Pluralismus, Freiheit und Toleranz“. „Sie entlarvt die Sprache, die Ziele und die Motive der christlichen Angstprediger und zeigt, wie sie ihren Einfluss in Politik, Gesellschaft und Kirchen Schritt für Schritt ausweiten.“ Im Klappentext des Buches heißt es, „Diese Bestandsaufnahme ist ein längst überfälliger Appell an Gesellschaft und Kirchen, dem Treiben der rechten Christen entschlossen entgegenzutreten“.

Liane Bednarz spricht von den „Feindbildern der rechten Christen“ und übersieht dabei, dass sie selbst diese Christen zu ihrem ganz persönlichen Feindbild hochstilisiert. Sie fragt nicht nach den Gründen, warum Christen gegen die ‚Ehe für alle‘ und ‚Gendermainstream‘ sind und untersucht auch nicht welche Gefahren die ‚Frühsexualisierung‘ an den Schulen für die Kinder mit sich bringt. Sie geht mit dem derzeitigen ‚Mainstream‘ und wer ihn nicht befürwortet und unterstützt führt einen „Kreuzzug gegen Pluralismus, Freiheit und Toleranz“.

Gericht und Strafe im Alten Testament

Sind „rechte Christen“ Angstprediger? Machen wir anderen Menschen Angst mit dem, was wir zu sagen haben? Grundlage unseres Glaubens, Redens und Handelns ist die Heilige Schrift aus dem Alten und Neuen Testament. Gibt es da etwas, was Angst macht? Wie ist das z. B. mit den Gerichtsandrohungen im Alten Testament? Waren

die Propheten Angstprediger? Sie traten ab dem 8. Jahrhundert vor Christus in Israel auf, in einer Zeit fortschreitender Aushöhlung und Verwilderung des Glaubens (Gerhard v. Rad) – ähnlich der Situation heute bei uns. Ein Beispiel aus dem Buch des Propheten Hosea: *„Hört ihr Israeliten, des HERRN Wort! Denn der HERR hat Ursache zu schelten, die im Lande wohnen, denn es ist keine Treue, keine Liebe und keine Erkenntnis Gottes im Lande, sondern Verfluchen, Morden, Stehlen und Ehebrechen haben überhandgenommen, und eine Blutschuld kommt nach der andern“* (Hos 4,1). Der Prophet Jeremia gibt die Klage Gottes an sein Volk weiter: *„Sie kehren zurück zu den Sünden ihrer Väter, die vor ihnen waren und die meinen Worten auch nicht gehorchen wollten und anderen Göttern nachfolgten und ihnen dienten. So hat das Haus Israel und das Haus Juda meinen Bund gebrochen, den ich mit ihren Vätern geschlossen habe. Darum siehe, spricht der HERR ich will Unheil über sie kommen lassen, dem sie nicht entgehen sollen; und wenn sie zu mir schreien, will ich sie nicht hören“* (Jer 11,10 f). Der Prophet Hesekiel nennt das Ziel aller Gerichtsansagen im Alten Testament: *„Des HERRN Wort geschah zu mir: Du Menschenkind, ich habe dich zum Wächter gesetzt über das Haus Israel. Du wirst aus meinem Munde das Wort hören und sollst sie in meinem Namen warnen* (Hes 3,16 f). Die Aufgabe der Propheten bestand nicht darin, Angst zu predigen, sondern das Volk zu warnen. Sie waren keine Angstprediger, sie waren Wächter über das Volk Israel und sollten dafür sorgen, dass sie nicht von Gott abfielen.

Gericht und Strafe im Neuen Testament

Man könnte sagen Gerichtsansagen sind typisch für das Alte Testament, die uns den richtenden und strafenden Gott zeigen. Der Gott des Neuen Testaments ist der Gott der Liebe (1.Joh 4,16). Das ist richtig, aber das bedeutet nicht, dass es kein Gericht mehr gibt. Besonders mit seinen Gleichnissen hat Jesus die zentralen Gedanken seiner Botschaft in immer neuen Bildern vor unser inneres Auge gestellt. Mit den Gleichnissen vom verlorenen Sohn (Lk 15,11-32) und vom verlorenen Schaf (Lk 15,4-7) hat Jesus den Gott der Liebe verkündet, der dem Sünder nachgeht und die Sünde vergibt, wenn er bereut und umkehrt. Gleichzeitig hat Jesus aber in seinen Predigten dem Ernst des göttlichen Gerichtes einen breiten Raum eingeräumt wie etwa im Gleichnis vom Weltgericht (Mt 25,31-46) oder im Gleichnis vom reichen Kornbauer (Lk 12,16 -21) und in seiner großen Gerichtspredigt gegen die Schriftgelehrten und Pharisäer (Mt 23). Jesus begann seine Predigt mit dem Satz *„Tut Buße, denn das Himmelreich ist nahe herbeigekommen!“* (Mt 4,17). Tut Buße, d. h. kehrt um von eurem falschen Weg, der ins Verderben führt. So sind viele Gleichnisse Warngleichnisse. Jesu Botschaft ist eben nicht nur Heilsverkündigung, sondern auch Unheilsankündigung, Warnung und Bußruf. Das zeigt z. B. das Gleichnis vom unfruchtbaren Feigenbaum (Lk 13,6-9), der noch eine Gnadenfrist bekommt. Es gibt aber auch ein ‚zu spät‘, vor dem Jesus mit den Gleichnissen von den klugen und törichten Jungfrauen (Mt 25,1-13) und vom großen Abendmahl (Lk 14,15-24) warnt. Jesus scheut sich nicht Gottes Strafgericht anzusagen. In seinen Weherufen über die galiläischen Städte, in denen er gepredigt hat, sagt Jesus: *„Wehe dir, Chorazin! Weh dir, Betsaida! Wären solche Taten in Tyrus und Sidon geschehen, wie sie bei euch geschehen sind, sie hätten längst in Sack und Asche Buße getan. Doch ich sage euch: Es wird Tyrus und Sidon erträglicher ergehen am Tage des Gerichts als euch“* (Mt 11,21 f). Vom Gericht selbst sagt Jesus: *„Ich sage euch aber, dass die Menschen Rechenschaft geben müssen am Tage des Gerichts von jedem nichtsnutzigen Wort, das sie geredet haben“* (Mt 12,36), d. h. es geht nicht

nur um straffällig Gewordene. „Wir werden **alle** vor den Richterstuhl Gottes gestellt werden“ schreibt der Apostel Paulus im Römerbrief (Rö 14,10).

Warnung und Zuspruch

Gericht und Strafe gehören zur biblischen Botschaft, im Alten wie im Neuen Testament. Für viele Menschen ist das heute nicht mehr zeitgemäß. Kirche soll Spaß machen, aber nicht drohen. Gottesdienste sollen Fröhlichkeit ausstrahlen, nicht Schuldgefühle hervorrufen. Was ist nun richtig? Die Bibel zeigt uns beides. Es gibt im Alten Testament die Gerichtspredigten, aber auch die Dank- und Lobpsalmen (z. B. Ps. 16; 34; 103; 118 u.v.a). Es gibt im Neuen Testament die Warngleichnisse Jesu, aber auch Gleichnisse, die Zuversicht und Freude ausstrahlen wie das vom Senfkorn (Mk 4, 30-32) und von der selbstwachsenden Saat (Mk 4,26-29). Martin Luther hat diesen scheinbaren Widerspruch mit der Formel „simul justus et peccator“ bezeichnet, der Mensch ist vor Gott gerecht und Sünder zugleich und braucht deshalb die Bußpredigt und den Trost der Vergebung, Warnung und Zuspruch. Beides findet sich – wie gesagt – in der Heiligen Schrift und Menschen, die die Bibel ernst nehmen als Angstprediger zu bezeichnen, zeugt von mangelnder Bibelkenntnis. Es wird kein „Kreuzzug gegen Pluralismus, Freiheit und Toleranz“ geführt. Vielmehr geht es um die ganze Botschaft der Heiligen Schrift. Sie steht immer in der Gefahr einseitiger Interpretation. Im Mittelalter wurden Gericht und Strafe überbetont und den Menschen damit Angst gemacht. Heute treten Gericht und Strafe zurück zugunsten eines unbiblischen ‚Wellnessevangeliums‘. Als Christen müssen wir immer beides im Blick haben: den Zöllner, der an seine Brust schlägt und spricht: „Gott sei mir Sünder gnädig!“ (Lk 18,13) und Paulus, der an die Gemeinde in Thessalonich schreibt: „Seid allezeit fröhlich, betet ohne Unterlass, seid dankbar in allen Dingen; denn das ist der Wille Gottes in Christus Jesus an euch“ (1. Thess 5,16-18). D. K.

„Einer trage des andern Last“

Der „Marsch für das Leben“ am 22. 9. 2018 in Berlin fand breite Unterstützung durch die kath. Kirche. Die EKD und die meisten ihrer Gliedkirchen stehen dem „Marsch“ kritisch bis ablehnend gegenüber (s. InfoBrief 2018/3, S. 13/14). Deshalb ist es bemerkenswert, dass Dr. Hans-Jürgen Abromeit, Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evang.-Luth. Kirche in Norddeutschland, die Predigt beim ökumenischen Abschlussgottesdienst des „Marsches“ gehalten hat. Es ist mutig, öffentlich gegen den von Hassorgien begleiteten Mainstream zu predigen – Respekt! vB

Predigt

1 Brüder und Schwestern, nun kann es vorkommen, dass sich jemand zu einer Verfehlung hinreißen lässt. Dann sollt ihr, die ihr ja vom Geist geleitet werdet, ihn zurechtweisen. Tut dies mit der Freundlichkeit, die der Geist schenkt. Dabei muss jeder für sich selbst darauf achten, dass er nicht auch auf die Probe gestellt wird. **2** Helft einander, die Lasten zu tragen. So erfüllt ihr das Gesetz, das Christus gegeben hat. **3** Wenn allerdings jemand meint, er sei etwas Besonderes, dann macht er sich etwas vor. Denn das ist er keineswegs. **4** Vielmehr sollte jeder das eigene Tun überprüfen. Dann hat er etwas, worauf er stolz sein kann, und muss sich nicht mit anderen vergleichen.

Galater 6, 1-4 (Basisbibel)

Liebe Gemeinde „Für das Leben“!

Im Volksmund sagen wir manchmal: „Jeder hat sein Päckchen zu tragen.“ Und das ist wahr. Es gibt kein menschliches Leben ohne Nöte und Belastungen. Aber der Apostel Paulus lädt uns ein, damit anders umzugehen, nicht die eigene Last einsam zu tragen, sondern sich gegenseitig zu helfen, die Lasten zu tragen. In der von Jesus Christus bestimmten Gemeinde soll ein anderes Grundgesetz gelten: „Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen“ (Gal. 6,2). In der christlichen Gemeinde soll es nicht lauter Einzelkämpfer geben, sondern Menschen, die sich als mit dem Leben der anderen verflochten, auf die anderen bezogen und ohne sie unvollkommen verstehen. Erst wenn wir uns auf diese ungewöhnliche Lebensweise einlassen, leben wir den Willen Gottes, wie er durch Jesus Christus ein- für allemal deutlich geworden ist. Im freiwilligen Übernehmen der Last der Anderen begegnet uns ein anderer Geist. Jesus selbst hat aus diesem Geist gelebt und möchte ihn an uns weitergeben.

Schon in der Frühzeit des Christentums, noch am Ende des ersten Jahrhunderts ist aus noch älteren Vorstufen eine Schrift entstanden, die mit dem Selbstbewusstsein auftrat, die Lehre der zwölf Apostel zusammenzufassen. Diese Schrift unterscheidet grundsätzlich zwischen einem Weg des Todes und einem Weg des Lebens. Wir würden heute wohl eher von einer „Kultur des Todes“ und einer „Kultur des Lebens“ sprechen. In dieser Schrift, wir nennen sie Didache (Lehre), heißt es unmissverständlich in Kap. 2 Vers 2: „Du sollst nicht das Kind durch abtreiben umbringen und das Neugeborene nicht töten.“ Das war in der Antike eine übliche Form der Geburtenregelung. Kinder, die man nicht wollte, wurden nach der Geburt getötet oder ausgesetzt. Oder: Sie wurden im Mutterleib abgetrieben. Da sagt die 12-Apostel-Lehre: „Das geht nicht! Dieses Kind hat Gott geschaffen. Sein Leben ist heilig.“ Das Töten des Lebens, ausdrücklich auch des ungeborenen Lebens, gehört zur Kultur des Todes. Als Summe der Verkündigung Jesu und der frühen Kirche stellt die Didache dagegen, eine Kultur des Lebens aufzubauen.

Eine solche Kultur des Todes kann nur mit einem neuen Zusammengehörigkeitsgefühl überwunden werden: „Wir lassen dich nicht allein!“ „Einer trage des andern Last.“ An die Stelle dieser Kultur des Todes kann eine Kultur des Lebens gestellt werden.

Eine 15-jährige regelmäßige Besucherin eines Jugendgottesdienstes, sie war selbst noch Schülerin und stand noch drei Jahre vor dem Abitur, wird schwanger. Der 17-jährige Vater des Kindes will mit Mutter und dem gemeinsamen Kind nichts zu tun haben und setzt sich ab. Da steht die junge Mutter allein da. „Ist ihr Leben jetzt versaut?“ fragt sie sich. Viele raten zur Abtreibung. Aber die eigene Mutter der schwangeren 15-jährigen bietet ihrer Tochter Hilfe an. Sie ist auch alleinerziehend und berufstätig, aber sie hilft ihrer Tochter in allem, obwohl es sie viel Zeit und Kraft kostet. Die Tochter setzt ein Jahr in der Schule aus und kümmert sich, unterstützt von ihrer Mutter, rührend um ihr Kind. Im Umfeld der Kirchengemeinde finden sie auch eine Frau, die bereit ist, als Tagesmutter sich tagein tagaus um das Kleinkind zu kümmern, damit die Mutter ihre Schule abschließen und das Abitur machen kann. Das bedeutet für diese Familie, bei der der Kleine von morgens 7 Uhr bis nachmittags 16 Uhr ist, manche Einschränkung. Die finanziellen Hilfen, die das Jugendamt vermittelt, helfen, diese Last etwas besser zu tragen. Aber alle tragen ihren Teil gern dazu bei, damit das Baby leben kann.

Müssen wir also unser Päckchen alleine tragen? Gerade die ungewollte Schwangerschaft ist eine Nagelprobe auf die Solidarität einer Gesellschaft. Uns allen wächst eine

Kraft zu, wenn wir auf das „Gesetz Christi“ schauen, von dem der Apostel Paulus redet. Was ist „das Gesetz, das Christus gegeben hat“? Es ist nichts anderes als das Liebesgebot, das Jesus immer wieder als das grundlegende Gebot bezeichnet hat und von dem auch der Apostel Paulus redet: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“

Jesus lebte ganz aus dieser Liebe, wenn er sich den Ausgegrenzten aus der Gesellschaft seiner Zeit zuwandte: Den mit den Römern kollaborierenden Zöllnern, die als andersgläubig verschrienen Samariter oder manchen halbseidenen Frauen. Mit dieser Liebe begegnete Jesus auch der Frau, die im Ehebruch ergriffen worden war und nach den Gesetzen der Zeit durch Steinigung hingerichtet werden sollte. Er schickte ihre Ankläger fort, verurteilte die Frau nicht, gab ihr aber ein „Sündige hinfort nicht mehr“ mit auf den Weg. In dieser Liebe begegnete Jesus auch den Kindern, die die Mütter zu ihm brachten, damit er sie segnete. Die Jünger wollten die Mütter samt Kindern wegschicken, weil der Meister doch Wichtigeres zu tun hätte, als sich um Frauen und Kinder zu kümmern. Jesus zeigte Müttern und Kindern Wertschätzung, denn Kinder gehören genauso zum Reich Gottes wie Erwachsene. Aus dieser Liebe war er auch bereit, das Kreuz und das Leid auf sich zu nehmen, um Versöhnung für die Sünden einer ganzen Menschheit zu ermöglichen. Täglich können wir seine Liebe erfahren, wenn wir, wie wir es in der christlichen Gemeinde sagen, „an ihn glauben“. Das ist nichts anderes, als in einer geistlichen Gemeinschaft mit Jesus zu leben. Mit dem Jesus, der uns Gottes Angesicht so menschlich gezeigt hat.

Liebe Für-das-Leben-Gemeinde, ich bin gefragt worden, warum ich heute hier predige. Ich tue das, weil ich gern die „Für-das-Leben-Bewegung“ unterstütze. Und das ist notwendig. Im letzten Jahr gab es in Deutschland etwas mehr als hunderttausend Schwangerschaftsabbrüche. Zum ersten Mal seit 2012 ist damit die Zahl der Abtreibungen von einem Jahr aufs andere wieder gestiegen und zwar um 2,5%. Hunderttausend Schwangerschaftsabbrüche kommen in Deutschland auf knapp achthunderttausend Geburten. Auch wenn es sein kann, dass dieses Jahr die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche wieder etwas zurückgeht, ist dauernd die Zahl der Abtreibungen bei uns sehr hoch.

„Für das Leben“, das bedeutet auch: Keiner will einer jungen Frau ihr Leben kaputt machen. Es geht überhaupt nicht um irgendeine Art von Zwang. Das deutsche Recht setzt ganz darauf, dass Frauen und natürlich auch Männer (denn ohne einen Mann gäbe es das Kind nicht) ihre Verantwortung für das heranwachsende Leben freiwillig wahrnehmen. Es ist auch richtig, auf die Freiwilligkeit, auf die Bejahung des von Gott geschenkten Lebens zu setzen. Ohne die Frauen geht es nicht. Nur wenn die schwangeren Frauen ermutigt und gestärkt werden, nur wenn ihnen geholfen wird, werden die Kinder in ihnen und durch sie leben. Deswegen: „Einer trage des andern Last.“

Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Männer anfangen, die Lasten der Frauen mitzutragen. Wenn die Eltern der Eltern die Last ihrer Kinder oder auch ihrer Enkel zu ihrer eigenen Last machen würden, fände manche junge Frau den Mut, ihr Kind zu behalten. Vielleicht können auch die Nachbarn der überforderten Kleinfamilie zur Seite treten. Und auch die Gesellschaft und der Staat sollten die jungen Mütter und Väter nicht allein lassen. Wir brauchen noch ganz andere Unterstützungssysteme. In vielen Kirchengemeinden zum Beispiel finden sich schon jetzt ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Wenn die hohe Zahl von Abtreibungen kleiner werden soll, dann müssen wir alle unsere Verantwortung an den Müttern, den Kindern und den jungen Familien viel intensiver wahrnehmen.

Ja, wir brauchen familienfreundliche Arbeitsplätze. Chefs und Arbeitgeber müssen Verständnis für die besondere Last Alleinerziehender aufbringen. Was vor allen Dingen nicht passieren darf, was aber immer wieder passiert, ist, dass am Ende die Frauen alleine dastehen mit ihrem Kind.

Ich verstehe, dass sich viele Frauen allein gelassen fühlen in einer Situation, in die sie nicht allein gekommen sind. Ich verstehe auch noch, dass manche Frauen Wut auf die Kirche haben, wenn sie bisher die Kirche in Fragen der Sexualethik als heuchlerisch empfunden haben. Was ich aber nicht verstehe ist, dass junge Frauen jubeln und grölen, wie nach dem Gewinn einer Fußballweltmeisterschaft, wenn der gesetzliche Schutz des ungeborenen Lebens wegfällt, wie wir es im Mai in Irland erlebt haben.

Ja, es ist viel falsch gelaufen, vor allen Dingen dann, wenn das Reden der Kirche heuchlerisch erschien. Wir haben uns als Christen und als Kirchen in den vergangenen Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten oft mit dem Mund für das Leben eingesetzt, aber nicht mit der Tat. Wir müssen selbstkritisch sagen, wir waren vielleicht häufiger die Vertreter einer bürgerlichen Moral als die Träger der Last von schwangeren Frauen, ledigen Müttern und jungen Familien.

Aber deswegen bleibt doch das Leben von ungeborenen Kindern ein Leben, das Gott geschenkt hat. Jedes Leben, das Gott geschaffen hat, ist heilig. Dieses Leben hat in unserer Gesellschaft, hat in Europa keine Stimme. Die ungeborenen Kinder können nicht für ihr Leben eintreten. Darum ist es so wichtig, dass wir diese Last schultern.

„Einer trage des andern Last.“ Meine Last wird von anderen mitgetragen. Machen wir uns nichts vor, auch die Schwangeren tragen meine Last mit. Ganz naheliegend gilt das etwa im Blick auf die Frage, wer in unsere Rentenkassen einzahlt, und auf den Generationenvertrag. Doch noch mehr: Jedes geborene Kind ist ein Zeichen der Hoffnung in manchmal hoffnungslosen Zeiten. Deswegen wollen wir die Last, die es auch manchmal bedeuten kann, angesichts vieler Anfeindungen für das Leben einzutreten, gerne tragen, denn nur so erfüllen wir das Liebesgebot Jesu. Wir möchten die Liebe, die wir durch Jesus Christus erfahren haben allen weitergeben, die diese Liebe brauchen. Die ungeborenen und die geborenen Kinder und ihre Mütter brauchen sie an erster Stelle. Amen

Gottes erwähltes Volk

dürfen Juden zu Christus bekehrt werden?

Die Gedenktage des Heilsgeschehens, Weihnachten für die Menschwerdung Gottes in Christus, Karfreitag für seine Kreuzigung, Ostern für seine Auferstehung, sowie Pfingsten für die Ausschüttung des Heiligen Geistes und als Gründungsereignis der Kirche, sind Anlass für eine Betrachtung mal aus Laiensicht, was diese Schlüsselergebnisse der Christenheit für unser Verhältnis zu den gottgläubigen Juden bedeuten, die Jesus Christus nicht für heilsrelevant halten.

Dieses Thema hat eine politische und eine geistliche Dimension und wird davon überschattet, dass Juden die Kreuzigung Jesu Christi gefordert haben, und mehr noch: nachdem Pilatus seine Hände in Unschuld gewaschen hatte *„antwortete alles Volk und sprach: Sein Blut komme über uns und unsere Kinder“* (Mt 27, 25; vgl. Apg 5,28). Die Folge waren Verfolgungswellen, mittelalterliche Pogrome und eine weitverbreitete Judenfeindlichkeit, die bis heute nachhallt.

Für Staaten, in denen Juden jahrhundertlang drangsaliert und verfolgt wurden ist das Verhältnis zu den Juden und ihrem heutigen Staat Israel ein wichtiges Thema.

Das gilt besonders für uns Deutsche, in deren Namen Juden von den Nazis systematisch verfolgt und ermordet wurden. Politisch ist es deshalb richtig, dieses Verhältnis konstruktiv zu gestalten und zu pflegen.

Aber auch geistlich muss die jahrhundertelange Stigmatisierung der Juden aufgearbeitet werden, denn die Kirchen hatten Anteil daran – in der jüngeren Vergangenheit auch am Bemühen der Nazis um „Rassereinheit“ – wenngleich Kirchen auch versucht haben, den Judenverfolgungen entgegenzuwirken. Die Kirchen handeln richtig, wenn sie sich um ein gutes geistlich-verwandtschaftliches Verhältnis zum Judentum bemühen; muss das aber nach 2000 Jahren in die völlig neue Erkenntnis münden: *„Christen sind – ungeachtet ihrer Sendung in die Welt – nicht berufen, Israel den Weg zu Gott und seinem Heil zu weisen. Alle Bemühungen, Juden zum Religionswechsel zu bewegen, widersprechen dem Bekenntnis zur Treue Gottes und der Erwählung Israels.“* (Erklärung der EKD-Synode vom 9. Nov. 2016)?

In diesem Kontext sind die „Messianischen Juden“ zu sehen, die Christus als Gottes Sohn bekennen. Die EKD verhält sich ihnen gegenüber sehr distanziert *„aus Rücksicht auf die im jüdisch-christlichen Dialog erreichte Verständigung“* (Positionsbestimmung Okt. 2017). Dieses Verhalten ist unsolidarisch zu Lasten jüdischer Glaubensbrüder, die uns Christen geistlich näher stehen als die jüdische Religionsgemeinschaft.

Viele Christen können der Begründung der EKD zur Ablehnung von Judenmission – weil die Juden nämlich von Gott bereits bleibend erwählt seien (s.o.) – nicht folgen.

Man kann das Alte Testament (AT) auch so lesen, dass die Erwählung Israels als Gottes Volk ein Zweckbündnis war: wenn ihr gehorsam seid, will ich euch segnen (vgl. 3.Mose 26; 5.Mose 28; 5.Mose 30). Dieser Bund wurde – wie die Bünde davor – wegen andauernden Ungehorsams und Abfall der Erwählten durch einen anderen Bund ersetzt. (vgl. Röm 8,3):

Im AT wird berichtet, dass Gott die sündige Menschheit durch die Sintflut getilgt hat, bis auf den gottesfürchtigen Noah mit seiner Großfamilie und Tieren, um mit diesen einen Neuanfang zu machen. Das war der 1. Bund zwischen Gott und Mensch (1.Mose 6,18-20). Gott hat dann einen 2. Bund mit Abraham geschlossen (1.Mose 17,2) und in einem 3. Bund das durch Moses aus Ägypten befreite Volk Israel erwählt, um es zum Heil zu führen (2.Mose 19,5). Dieser Bund wurde mit König David erneuert (2.Samuel 7,13); das war der 4. Bund. Doch das Volk Israel hat den Bund gebrochen und ist nicht den Weg der Gerechtigkeit aus dem Glauben an Gottes Gnade gegangen (Röm 9,30ff), sondern den Weg des Ungehorsams und der eigenen Werkgerechtigkeit (neben den 10 Geboten sollen weitere 613 religiöse Vorschriften befolgt werden).

So sah sich Gott zu einer radikalen Zäsur veranlasst, und wird in Jesus Mensch: *„Ich und der Vater sind eins“* (Joh 10,30). Durch diesen heilsrelevanten Schritt ruft er die Menschen im „Neuen Bund“ (Jer 31,31-33; LK 22,20) in seine Nachfolge – diesmal weltweit (s.u.). Das gilt auch dem Volk Israel, dem Gott geschichtlich besonders verbunden und in dem er als Jude Mensch geworden ist. Aber Israel hat diesen Ruf – abgesehen von den Messianischen Juden – mit der Forderung nach Kreuzigung Christi quittiert und bis heute zurückgewiesen (Mt 27,20-23).

In der nicht-jüdischen Welt fand dagegen die Botschaft und der Ruf Gottes zum Glauben an seine Gerechtigkeit allein aus Gnade zunehmend Gehör, und im Laufe der folgenden Jahrhunderte ist daraus die große Gefolgschaft Christi auf heute weltweit

ca. 2,4 Milliarden Seelen (kath.net) gewachsen; (zum Vergleich lt. Wikipedia: Juden ca. 14,4 Millionen Menschen, davon 6,3 Millionen im Staat Israel).

Schon ca.700 Jahre vor Christi Geburt hatte der Prophet Jesaja das auch den „Heiden“ geltende Kommen des Messias prophezeit: *„Siehe, das ist mein Knecht, den ich halte, und mein Auserwählter, an dem meine Seele Wohlgefallen hat. Ich habe ihm meinen Geist gegeben; er wird das Recht unter die Heiden bringen“* (42,1).

Als dies dadurch geschah, dass Gott selbst in Jesus Mensch wurde, sagte er unmissverständlich: *„Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich“* (Joh 14,6). *„Wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den will ich auch verleugnen vor meinem Vater im Himmel“* (Mt 10,33).

Zur Frage der Erwählung der Heiden gibt es im NT viele Äußerungen z.B.:

- *„Jesus sprach zu ihnen (den Juden) ... **Das Reich Gottes wird von euch genommen und einem Volk gegeben werden, das seine Früchte bringt**“* (Mt 21,43).
- *„Und er selbst (Christus) ist die Versöhnung für unsere Sünden, nicht allein aber für die unseren, **sondern auch für die der ganzen Welt**“* (1.Joh 2,2).
- *Das Evangelium ist eine Kraft Gottes, die selig macht alle, die daran glauben, die Juden zuerst und **ebenso die Griechen*** (Röm 1,16).
- *„Nicht das sind Kinder Gottes, die nach dem Fleisch Kinder sind; sondern nur **die Kinder der Verheißung werden zur Nachkommenschaft gerechnet.**“* (Röm 9,8).
- *Brüder und Schwestern, meines Herzens Wunsch ist, ... dass sie (die Juden) gerettet werden Denn Sie erkennen die Gerechtigkeit nicht, die vor Gott gilt, und suchen ihre eigenen Gerechtigkeit aufzurichten, und **sind so der Gerechtigkeit Gottes nicht untertan*** (Röm 10,1-3).

Diese Bibelstellen sprechen dafür, dass sich mit der Menschwerdung Gottes nicht nur der Heilsweg, sondern auch der Kreis der Erwählten geändert haben: ⇒ erwählt ist im „Neuen Bund“ die gesamte Menschheit – einschl. der Juden. Erlöst sind alle, die an Christus glauben und ihm nachfolgen oder dies ernsthaft versuchen. Nicht die Erwählung ist entscheidend, sondern allein die Erlösung. Alle Menschen sind deshalb gemäß dem Befehl Christi zur Nachfolge einzuladen: *„Darum gehet hin und lehret **alle Völker**: Taufet sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe. ...“* (Mt 28,19-20). Die ersten Christen, die diesen Missionsbefehl befolgten, waren Juden, die Juden bekehrten (vgl. Mt 10,6: *„ ... geht hin zu den verlorenen Schafen aus dem Hause Israel“*).

Wer Christus nicht nachfolgt, ist dennoch dem Gebot der Nächstenliebe (Mt 22,39; Mk 12,3 u. a.) folgend, wie alle Menschen zu achten und zu lieben – und das schließt die Juden ein.

vB

Die Freiheit in Christus und unsere Freiheiten

Pfr. Gerhard Nörr

Hat die Reformation uns die Freiheit gebracht, zu der uns Christus befreit hat?

Freiheit haben wir sicher, aber ist es die Freiheit, zu der uns Christus befreien wollte?

Die Reformation hat viel an äußerlicher Freiheit gebracht! Schon für die Bauern, die sich mehr und mehr von ihrer versklavten Leibeigenschaft befreiten. Schließlich der demokratische Staat, der auf der Freiheit und dem freien Recht seiner Mitbürger beruht, das alles ist auch ein Ergebnis der Reformation - aber ist das die Freiheit, zu der uns Christus befreit hat?

Gewiss war es wichtig, etwa den Beichtzwang der Ohrenbeichte abzuschaffen, den Zwang zum Gottesdienst gehen zu müssen usw. - aber war das schon die Freiheit, zu der uns Christus befreit hat?

Nein, es war unsere eigene Freiheit! Sie hat uns von allem geistlichen Zwang befreit, sie machte uns selbstsicher gegenüber allem angemäßen Klerikalismus und Kirchenherrschaft - aber hat sie uns zu einem stärkeren Glauben befreit? Hat sie uns innerlich mehr Freiheit gegeben?

Dass wir erhobenen Hauptes allen Ängsten und Mächten unseres Lebens trotzen, dass wir uns nicht unterkriegen lassen von den Gewalten der Finsternis, weil wir zutiefst wissen: Wir sind in Jesus Christus auf alle Fälle behütet und gehalten wie der Ritter von Albrecht Dürer gezeichnet, der unerschütterlich zwischen Tod und Teufel auf seinem Weg reitet, dem ewigen Ziel entgegen!

Ja, es ist schon vertrackt mit unserer Freiheit! Wir verstehen sie vor allem als Freiheit wovon und nicht wozu! Wir verstehen sie vor allem, nicht zum Gottesdienst, nicht zur Beichte, nicht zur Predigt, nicht zum Gebet zu gehen, nicht die Gebote zu halten und nicht zu Gott zu kommen. Wir verstehen sie vor allem, uns Freiheit vom Gesetz zu geben und wenn es darauf ankommt, von allen Gesetzen.

Wir freuen uns unserer vielen Freiheiten, unserer Individualität und unserer Persönlichkeitsentfaltung bis hin zur Rechtsprechung, dass heute das Recht und die Freiheit des einzelnen oft mehr gelten als das Recht des Staates oder der Kirche - aber ist das die Freiheit, zu der uns Christus befreien wollte?

Ich denke, dass wir hier trotz all unserer Freiheiten nicht weiter gekommen sind, bzw. vielleicht sogar dadurch gehindert werden, zu erkennen und darin zu leben, was Freiheit in Christus bedeutet!

Theoretisch haben wir Evangelischen die christliche Freiheit ja großartig formuliert: "So halten wir nun dafür, dass der Mensch gerecht werde ohne das Gesetzes Werke allein durch den Glauben!" Dieser wunderbare Satz aus dem Römerbrief des Apostels Paulus ist für Luthers Reformation der Schlagersatz geworden. Aber was dieser Satz praktisch bedeutet, wem ist das wirklich aufgegangen?

Martin Luther ist es nie nur um eine verstandesmäßige Aneignung gegangen. Sondern was er da mit biblischen Worten und auch mit dogmatischen Formeln bekannte, das hat er selbst zuerst und zuletzt ganz tief in seinem Herzen empfunden und erfahren!

Er hatte eine ungeheure Sehnsucht nach Gott. Er wollte Gott ganz nahe kommen und vor ihm bestehen. Er hatte aber zugleich die große Angst, ja fast die Verzweiflung des mittelalterlichen Menschen in sich, vor dem Gericht Gottes verdammt zu werden. „Gewogen, gewogen zu werden und zu leicht befunden!“ (Dan.5,27) - auf der großen Waagschale des Weltgerichts. Er hatte Angst vor dem Richterspruch Gottes: "Ich kenne euch nicht!" (Mt.25,12) „Weicht von mir, ihr Übeltäter!" (Mt.7,33) „Hinaus mit euch in die (ewige) Finsternis!“ (Mt.22,13)

Aber dann erkannte er auf einmal nach harten Studien und Höllenqualen, dass Gott nicht der Strafende ist, der mit unerbittlicher Gerechtigkeit über den Menschen hereinbricht, sondern dass "die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt" das gnädige Vergeben ist, das Jesus am Kreuz dem schenkt, der ihn von Herzen sucht und anruft!

Christus verdammt uns nicht zur Hölle! - sondern spricht: "Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken!" (Mt.11,28) Das war für ihn die ungeheuer „neue Mär“, d.h. die frohe Botschaft, das Evangelium. Deswegen konnte Martin Luther jubeln und jauchzen: "Nun freut euch lieben Christengmein´ und

lasst uns fröhlich springen ... - Das ist die Vergebung am Kreuz, die sogar noch dem einen Verbrecher in letzter Sekunde zuteilwurde: "Heute noch wirst du mit mir im Paradiese sein!" Wenn das einem Mörder gilt, dann doch auch mir! - so hat es Luther erfahren. Diese Befreiung zu einem glückseligen Glauben - das war die Freiheit, zu der ihn Christus befreit hat.

Heute haben wir ein ganz anderes Lebensgefühl. Wer von uns hat noch Angst vor Gott? Das haben wir doch alles abgelegt! Als wäre das Jüngste Gericht nur eine mittelalterliche Kulisse - die man eben auf die Seite schiebt und in die religiöse Rumpelkammer packt.

Doch sehen wir deswegen wie Befreite aus? Nein, wir laufen eher wie Bedrückte herum. Die Angst vor Gott mag gewichen sein, dafür quälen uns tausend andere Ängste.

Unsere Jugend, die so viel Freiheit hat wie kaum eine andere Generation vorher, hat vielfache Lebensängste. Manche so stark, dass sie schon die Schule nicht mehr ohne Drogen aushalten! Und wir Erwachsenen haben auch Sorgen und Ängste, obwohl es uns äußerlich besser geht als jeder anderen Generation vor uns - woher kommt das?

Wissen wir zu viel und glauben wir zu wenig? Die Aufklärung hat uns kräftig am Wickel - und das ist doch auch gut so - aber das Verrückte dabei ist: Je mehr wir wissen, desto mehr wissen wir auch nicht und das gibt uns eine große Unsicherheit.

Manchmal denke ich: Es geht uns wie dem Zauberlehrling, der die Geister der Freiheit rief - und wird sie nun nicht mehr los! Wir haben uns in Vielem an die Stelle Gottes gesetzt und wollen allein nach unserem Wollen und Willen handeln.

Aber das alte Versprechen der Schlange: „Ihr werdet sein wie Gott und wissen, was gut und was böse ist“ – hat sich als Fluch erwiesen, denn dabei sind wir hoffnungslos überfordert, wir sind doch nur sterblich-vergängliche Menschen!!

Wir haben vielmehr Sehnsucht nach Geborgenheit und Liebe, nach Annahme und Verstanden-werden. Diese Sehnsucht ist so groß, dass sie uns kein Mensch geben und erfüllen kann!

Wer aber dann? Die Frage nach der „re-ligio“, nach der Rückbindung und damit die Frage nach Gott kommt neu in unser Blickfeld! Aber bitte jetzt keine Theorien - wir möchten Erfahrungen machen mit Gott!

Aber wie? Mit grenzenloser Freiheit geht das nicht! Es geht nur mit einer Bindung, einer Bindung an Gott. "So ihr mich von ganzem Herzen suchen werdet, so will ich mich von euch finden lassen". Dieser Satz aus dem Propheten Jeremia (29,11), der neulich Predigttext war, der gilt hier uns.

Aber dieses Wort ist keine Zauberformel, die ich mir so auf die Schnelle mal zusprechen lasse. Sondern es geht nur so wie bei Maria, von der es heißt: "Sie bewahrte all diese Worte und bewegte sie in ihrem Herzen!" (Luk.2,19)

So beginnt der Glaube, d.h. das Vertrauen zu Gott!

Oder so beginnt es, indem ich sage wie der verlorene Sohn im Gleichnis: "Ich will mich aufmachen und zu meinem Vater gehen...!"

Oder so geht es, dass ich die biblischen Worte wie eine Ikone mir vor Augen stelle, dass ich sie nachspreche und nachbete und schließlich mir einverleibe. Ich brauche sie nicht künstlich auswendig zu lernen, aber ich präge sie mir ein, Wort für Wort, Satz für Satz und dann wirken sie wie eine Arznei, die ich ein-nehme, Tropfen für Tropfen, Schluck für Schluck! So kann der Glaube in mir langsam wachsen: "Denn du bist bei mir, dein Stecken und Stab trösten mich!"

Genau das geschieht im Psalm 23. Da betet einer zuerst ganz allgemein: „Der Herr ist mein Hirte!“ In der 3. Person redet er von Gott, schon wie ein Bekenner: "er weidet mich auf einer grünen Aue und führet mich zum frischen Wasser..!" - aber immer noch distanziert. Doch plötzlich, als er von dunklem Tal, d.h.. von dunklen Mächten und tödlicher Gefahr redet, da verfällt er unwillkürlich in die 2. Person: "Denn du bist bei mir!" "Dein Stecken und Stab trösten mich!" Da kommt ihm Gott ganz nah. Da braucht er ihn auch nahe; denn sonst kann er nicht bestehen. Und dann betet er weiter: "Du bereitest vor mir einen Tisch im Angesicht meiner Feinde und schenkst mir voll ein..“ So erfährt er sich im festen Glauben an seinen Gott, in einem tiefen Vertrauen, das stärker ist als alles, was ihn ängstigen könnte.

Das meinen Paulus und Luther mit der Freiheit im Glauben. Nicht die absolute Bindungslosigkeit, sondern die Gotteserfahrung, dass ich mich freiwillig an meinen Herrn und Erlöser binde. Weil ich weiß, hier bin ich in Gnaden, hier bin ich verstanden, hier bin ich geliebt.

Das ist meine evangelische Freiheit!

Denn wie ruft uns der Apostel Paulus zu: "In Jesus Christus gilt der Glaube, der durch die Liebe tätig ist". "Darum besteht in der Freiheit, zu der euch Christus befreit hat!"

Das entstellte Geschichtsbild der Kreuzzüge in das Heilige Land

Muslime bezeichnen die Kreuzzüge vorwurfsvoll als beutegierige Aggression der Christen (typisch Kreuzzügler!). Dieses Geschichtsbild ist entstellt, wird aber bei uns öffentlich meist unwidersprochen und bußfertig übernommen.

Kriege sind immer mit viel Leid verbunden, aber im historischen Zusammenhang lassen sie sich bei aller Kritik adäquat einordnen: Die Kreuzzüge in das Heilige Land, und die ebenso wechselvolle „Reconquista“ auf der iberischen Halbinsel waren - teils mit nichtreligiösen Motiven vermischte - Reaktionen auf die kriegerische Expansion des Islam. Beflügelt von der Idee des heiligen Krieges (Djihad) hatten muslimische Araber bald nach Mohammeds Tod ab 635 (Jahreszahlen = A.D.) zum christlichen Oströmischen Kaiserreich (Byzanz) gehörende christliche Länder Vorderasiens erobert und dann bis 698 das gesamte zuvor christliche Nordafrika. Fast alle der 400 christlichen Bistümer in Nordafrika, aus denen die bedeutenden Theologen Tertullian, Cyprian, Athanasius und Augustinus stammen, gingen unter. 711 begannen muslimische Heere die Iberische Halbinsel zu erobern und konnten erst 732 in der Schlacht bei Tours und Poitiers (Südfrankreich) unter Karl Martell (Großvater von Karl d. Großen) vorerst gestoppt, aber nicht zur Aufgabe ihrer Eroberungen gezwungen werden.

Auch Palästina war als Teil des byzantinischen Kaiserreiches weitgehend christianisiert. Die in Erinnerung an Christi Kreuzigung und Auferstehung in Jerusalem über Golgatha und seinem Grab erbaute Grabeskirche (335 geweiht) ist das wichtigste Heiligtum der Christenheit.

Nachdem die Muslime 637/38 Palästina erobert hatten, bauten sie in Jerusalem auf dem Tempelberg den Felsendom und die al-Aqsa-Moschee. Sie glauben, dass Mohammed von dort (☩ 632 in Medina) in den Himmel aufgefahren ist.

Christen und Juden wurden – auch während der folgenden Herrschaft der arabischen Umayyaden (ab 661) und der Abbasiden (ab 750) - als „Leute des Buches“ (Bibel) geduldet, jedoch speziell besteuert und sozial diskriminiert (Dhimmis).

979 eroberten die in Ägypten herrschenden schiitisch-ismaelitischen Fatimiden Palästina, die unter dem Kalifen Al-Hakim die „tolerante“ Religionspolitik zunehmend aufgaben. 1009 enteignete er christliche Besitzungen und befahl die Zerstörung der Grabeskirche und vieler Stätten christlichen Lebens.

1078 nahmen die sunnitischen, türkischstämmigen Seldschuken Palästina ein und verübten ein Blutbad unter den Schiiten; Christen und Juden wurden geächtet.

Das christliche Byzanz war nicht in der Lage etwas dagegen tun. Daher bat Kaiser Alexios I. Komnenos das westliche Europa um Hilfe und so rief Papst Urban II. 1095 zum Ersten Kreuzzug auf. Mit der Eroberung Jerusalems am 15. Juli 1099 hatte dieser Kreuzzug sein Ziel erreicht, die im Heiligen Land unter den Muslimen leidenden Christen zu befreien und die Verbindungswege zu den Pilgerstätten im Heiligen Land zu schützen. Dem dienten die „Kreuzfahrerstaaten“ (das Königreich Jerusalem, das Fürstentum Antiochia und die Grafschaften Edessa und Tripolis), sowie fünf weitere Kreuzzüge in der Folgezeit.

1291 konnten die Muslime mit der Einnahme der letzten Kreuzfahrerbastion Akkon, die Kreuzfahrer vom Festland des Nahen Ostens vertreiben.

Der muslimische Expansionsdrang ließ indessen nicht nach: 1453 eroberten muslimische Türken die Hauptstadt des Byzantinischen Kaiserreiches, Konstantinopel (seitdem „Istanbul“), vertrieben den Johanniterorden 1522 von Rhodos, unterwarfen die Balkanländer, bestürmten 1565 erfolglos den Ordensstaat der Johanniter/Malteser auf Malta, und belagerten 1529 und 1683 sogar Wien.

Die Not der Christen und die Schändung heiliger Stätten in Palästina unter islamischen Herrschern entschuldigt nicht das furchtbare Blutbad, das die Kreuzfahrer nach der Erstürmung Jerusalems 1099 unter muslimischen und jüdischen Einwohnern angerichtet haben. Aber es rechtfertigt nicht die einseitige Verurteilung speziell der Kreuzzüge.

Dieses Blutbad hatte Folgen, die bis in die heutige Zeit reichen, denn es veranlasste Kreuzritter sich in tätiger Reue einer Bruderschaft anzuschließen, die in Jerusalem ein wohltätiges, Johannes dem Täufer geweihtes, Hospital betrieb. Hieraus erwuchs der Johanniter-Ritterorden, der heute noch in den Maltesern (kath.) und Johannitern (evang.) aktiv ist. Deren Hospitäler waren ihrer jeweiligen Zeit weit voraus. Das gemeinsame Leitmotiv dieser Bruderorden ist nach wie vor *„Tuitio fidei et obsequium pauperum“* (Bezeugung des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen). vB

(iDAF) **Gender-Mainstream und Pädagogik – Wie passt das zusammen?**

Josef Kraus, ehem. Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (gekürzt)

1. Was ist „gender“?

Nach der Theorie des Gender-Mainstream (GM) gibt es keinen kausalen Zusammenhang von biologischem und sozialem Geschlecht. Die Heterosexualität sei ein Repressionssystem. Insofern sprechen die Genderristen auch von Zwangsheterosexualität.

Das Frauenbild des GM ist geprägt von Simone de Beauvoir und ihrem feministischen Klassiker „Das andere Geschlecht“ (1949, deutsch 1951). Dort beklagt sie sich einerseits darüber, dass die Frau Opfer ihrer biologischen Funktion sei. Andererseits erklärt sie: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es“. Das Männerbild des GM scheint dagegen von einer höchst biologistischen Betrachtungsweise beeinflusst: Männer hätten nur ein falsches Chromosom, das für die Produktion von Testosteron

verantwortlich sei. Testosteron aber bedeute Terror, Tyrannei, Tod und Teufel; Östrogen dagegen bedeute Friedlichkeit, Fruchtbarkeit, Frohsinn.

Seit der Weltfrauenkonferenz von 1995 in Peking ist GM-Arbeit jedenfalls Teil der Arbeit der UNO und seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999 Teil der Arbeit der EU und damit verpflichtende Aufgabe der EU-Mitgliedsstaaten. Zum Beispiel dürfen zukünftig laut EU-Parlament kochende und waschende Mütter nicht mehr zu Werbezwecken gezeigt werden. Die Schaffung eines neuen GM-Menschen ist jetzt regierungsamtliche Politik. Manche nennen das einen „rosa Sozialismus“.

Es gibt in Deutschland etwa 120 Professuren für alte Sprachen (unsere sprachlichen und kulturellen Wurzeln), aber 212 Professuren für Genderforschung!

2. GM-Pädagogik – oder: Gender macht Schule

Beispiel Berlin

An der TU Berlin schlossen sich 1989 Pädagogen aus einer Männergruppe zusammen und gründeten „Dissens“, einen Verein für eine „aktive Patriarchatskritik“. Hauptanliegen war es, Jungs früh zu Kritikern des eigenen Geschlechts zu erziehen. Rollenspiele für Jungen wie „Ich habe eine Scheide und tue nur so, als sei ich ein Junge“ gehören dazu. Gerne bietet man Jungen Nagellack und Prinzessinnenkleider an. „man“/„frau“ wird nicht müde, das Ende der „Zwangsheterosexualität“ anzusagen.

Beispiel Baden-Württemberg:

Dort präsentierte der Schulsenat 2011 einen „Medienkoffer“. Der Koffer ist Teil der Initiative "Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt". Zusammengestellt wurde der Koffer von "Queerformat", einem Verbund von Vereinen, die über "lesbische, schwule, bisexuelle und transgender Lebensweisen" aufklären wollen. In einer Handreichung für Lehrer finden sich Unterrichtsbeispiele, in denen Heranwachsende pantomimisch „Orgasmus“, „Porno“ oder „Sado-Maso“ darstellen sollen.

Beispiel Hessen

Seit dem 19. August 2016 gibt es den „Lehrplan Sexualerziehung für allgemeinbildende und berufliche Schulen in Hessen“. Massive Kritik kam vor allem vonseiten der Katholischen Kirche und des Landeselternbeirates; Zustimmung allerdings vonseiten der Ev. Kirche. Die Kritik richtet sich dagegen, dass Toleranz durch Akzeptanz sexueller Vielfalt ersetzt wurde und dass eine „Frühsexualisierung“ stattfindet. Amtlich heißt es: Die Teilnahme daran sei „verbindlich und nicht an die Zustimmung der Eltern gebunden“.

In anderen Ländern sind ähnliche Bestrebungen in Gang. So hatte die schleswig-holsteinische Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) beim Lesben- und Schwulenverband ein Pädagogik-Konzept mit dem Titel „EVA – Echte Vielfalt von Anfang an“ in Auftrag gegeben. Das Ganze wurde aber vom Bildungsministerium gestoppt. Knackpunkt bei diesen und ähnlichen Initiativen ist der Begriff Akzeptanz, die gefordert wird für „unterschiedliche Partnerschaftsformen und Verständnissen von Familie, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten“. Akzeptanz ist etwas Aktives, es heißt anerkennen, einverstanden sein. Gewiss geht es um die Akzeptanz der Menschen, die Formen nicht-heterosexueller Vielfalt leben. Aber daraus lässt sich kein Anspruch ableiten, dass man auch deren Tun und Lassen zu akzeptieren hat. Toleranz würde reichen: also dulden, gelten lassen.

Fazit

Ich kann mich voll anschließen an das Rechtsgutachten zur Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der Erziehung von Schulkindern in Schleswig-Holstein zur Akzeptanz

sexueller Vielfalt von Prof. Dr. Christian Winterhoff (Verfassungsrechtler, Uni Hamburg) vom August 2016. Dessen wesentliche Ergebnisse sind:

1. Aus den Grundrechten der Schüler und ihrer Eltern folgt, dass der Staat in der Schule hinreichende Neutralität und Toleranz wahren und die erzieherischen Vorstellungen der Eltern achten muss.
2. Die Schule muss jeden Versuch einer Indoktrinierung mit dem Ziel unterlassen, ein bestimmtes Sexualverhalten zu befürworten oder abzulehnen. Sie hat das natürliche Schamgefühl der Kinder zu achten ...
3. Vor diesem Hintergrund erweist sich Unterricht mit dem Ziel, die Schüler zu einer befürwortenden Akzeptanz jeglicher Art von Sexualverhalten zu erziehen, als verfassungswidrig.
4. Staatliche Vorgaben für die Sexualerziehung, die Hetero-, Bi-, Homo- und Transsexualität als gleichwertige Ausdrucksformen von Sexualität vorgeben, verstoßen gegen das Indoktrinationsverbot
5. Im Falle einer indoktrinierenden Sexualerziehung besteht ein Befreiungsanspruch für die Kinder bzw. Eltern mit anderer Werteorientierung.

Schulische Veranstaltungen zum Thema „sexuelle Vielfalt“ verstoßen gegen geltendes Verfassungs- und Gesetzesrecht (Schulgesetz), wenn damit das Ziel der Vermittlung von Akzeptanz nicht-heterosexueller Verhaltensweisen verfolgt wird...

Papst Franziskus hat die Gender-Theorie als "Feind der Ehe" bezeichnet. "Es gibt heute einen Weltkrieg, um die Ehe zu zerstören", sagte er. Die Ehe werde nicht „mit Waffen zerstört“, sondern "man zerstört sie mit Ideen." Dass das Grundgesetz Erziehung ausdrücklich als Recht der Eltern benennt, scheint nicht mehr überall zu gelten. Und nur mit Einschränkungen scheint leider auch zu gelten das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Jedenfalls kann derjenige nicht mit Toleranz rechnen, der sich gegen das repressive Toleranzverständnis und die Deutungshoheit der Protagonisten der Gender-Theorie stellt.

„...Dein Wille geschehe...“

Christen, die diese Bitte im Vaterunser so verstehen, dass wir bereit sein mögen, als Gottes Willen hinzunehmen, was auch immer passiert, haben mit dieser Bitte Probleme. Es fällt uns schwer zu unterstellen, dass alles Böse, Leid und Elend der Welt Gottes Wille sei (Theodizee). Da sind aber der Teufel und auch unsere Schwachheit im Spiel. So kann man die Bitte eher so auffassen, dass Gott mir helfen möge, dem Bösen zu widerstehen und meine Last zu tragen.

Viel weitreichender ist jedoch, wenn „Dein Wille geschehe“ die Konkretisierung der vorhergehenden Bitte „Dein Reich komme“ meint, nämlich Gott möge bewirken, dass sein Reich „wie im Himmel so auf Erden“ verwirklicht und dass Leid und Übel überwunden werde, wie es verheißen ist (Jes 65,17; Mt 3,2). vB

Kirche

(ideaSpektrum) **Fast 2/3 gegen Kirchensteuereinzug durch den Staat**

Eine Mehrheit der Deutschen ist der Meinung, dass der Einzug der Kirchensteuern durch den Staat abgeschafft werden sollte. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA Consulere. 63% der Befragten plädierten dafür, dass der Staat die Kirchensteuern nicht mehr einzieht. Jeweils 13% stimmen der Aussage hingegen nicht zu oder wissen keine Antwort. 12% machen keine Angabe.

Am höchsten ist die Zustimmung unter Anhängern der Partei „Die Linke“ (76%). Unter den AfD-Wählern sind 74% der Meinung, der Staat sollte die Kirchensteuern nicht mehr einziehen. Es folgen die Anhänger der FDP (67%), von Bündnis 90/Die Grünen (66%) und der SPD (65%). Am geringsten ist die Zustimmung unter den Unionswählern (54%). Seit 1953 wird die Kirchensteuer in der BRD von den Finanzämtern erhoben. Der Staat erhält 3% des Steueraufkommens als Aufwandsentschädigung für seine Dienstleistung. Die Kirchensteuer beträgt in Baden-Württemberg und Bayern 8%, in den übrigen Bundesländern 9% der Lohn- oder Einkommensteuer.

Oekumene

(idea) **Aus der Generalsynode der VELKD und Vollkonferenz der UEK**

Am 10. November tagte in Würzburg die Generalsynode der VELKD und der Vollkonferenz der Union Evangelischer Kirchen (UEK).

Der Catholica-Beauftragte der VELKD, der schauburg-lippische Landesbischof Karl-Hinrich Manzke bewertete die von der römisch-katholischen Kirche herausgegeben Orientierungshilfe zur Öffnung der Kommunion für nichtkatholische Ehepartner als „einen wichtigen Schritt nach vorne“. Allerdings sollten auch die Schwächen des Textes nicht verschwiegen werden. Es sei „nicht ganz unproblematisch“, dass die Zustimmung zum Eucharistieverständnis der katholischen Kirche auf der Basis des eucharistischen Hochgebetes eingefordert werde. Das dritte Hochgebet etwa enthalte Aussagen, die „hinsichtlich des Verständnisses der Eucharistie als ergänzendes Opfer der Kirche kontrovers-theologisch sehr fragwürdig sind“.

Schad: Dankbar für „ökumenische Meilensteine“

Dankbar für „ökumenische Meilensteine“ zeigte sich der evangelische Vorsitzende des Kontaktgesprächskreises von EKD und (katholischer) Deutscher Bischofskonferenz, der pfälzische Kirchenpräsident Christian Schad. Dazu zähle der Austausch zwischen der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) und dem Päpstlichen Rat der Förderung der Einheit der Christen.

Um welche kirchliche Einheit soll es gehen?

Schad befasste sich ferner mit der Einheit der Kirchen. Die Kernfrage sei, ob ein Konsens möglich sei, der sowohl das „Extrem einer uniformen Einheit als auch das Extrem einer unverbindlichen Vielfalt“ vermeide zugunsten einer Einheit, die „mit dem Zusammenwohnen in einer Hausgemeinschaft vergleichbar“ sei. Die Herausforderung für die katholische Kirche bestehe darin, dass sie in ihren Konzepten zur Einheit von den evangelischen Kirchen nicht mehr verlangen dürfe als von ihren eigenen Mitgliedern. Bei den Protestanten gehe es um die Frage, wie die bleibende Vielfalt so gestaltet werden könne, dass die sichtbare Einheit nicht in Zweifel zu ziehen sei: „Diese Herausforderungen anzunehmen, hat nicht bloß etwas mit wechselseitiger Wertschätzung des ökumenischen Partners gerade in seinem Anderssein zu tun, sondern mit einem Geist der Demut, der dem Gegenüber eine geistliche Einsicht zuerkennt, die man selbst bisher nicht oder nicht so klar im Blick hatte.“

(idea) **In der Ökumene gibt es Differenzen bei ethischen Fragen**

Diese Ansicht vertrat der Präsident des Päpstlichen Einheitsrates, Kardinal Kurt Koch im Gespräch mit dem Internetportal katholisch.de. In den 1970er und 80er Jahren lautete ihm zufolge das Leitwort in der Ökumene „Glaube trennt, Handeln eint“: „Heute müsste man fast das Gegenteil sagen.“ Man habe viele Glaubensfragen klären

können, es seien aber neue Probleme vor allem bioethische Fragen aufgetaucht: „Die Ökumene muss sich auch mit diesen Fragen beschäftigen.“ Zuletzt hatte sich die EKD mit ihrer Erklärung zur Pränataldiagnostik, in der sie empfiehlt, dass Krankenkassen die Kosten für Bluttests bei Schwangeren übernehmen, klar von der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz abgegrenzt.

(SZ) Russisch-Orthodoxe Kirche bricht mit der von Konstantinopel

Die Weltorthodoxie steht vor der Spaltung. Nach Beratungen in der weißrussischen Hauptstadt Minsk entschied der heilige Synod der Russisch Orthodoxen Kirche am 16.10.2018, die eucharistische Gemeinschaft mit der Orthodoxen Kirche von Konstantinopel auszusetzen.

Dieses hatte am 11. Okt. 2018 ein Abkommen aus dem Jahr 1686 für ungültig erklärt, das Moskau das Recht zubilligte, den Metropoliten von Kiew zu ernennen. Damit untersteht die orthodoxe Kirche in der Ukraine nicht mehr länger dem Patriarchen von Moskau, sondern direkt Konstantinopel. Der Patriarch von Konstantinopel gilt unter den Orthodoxen als Erster unter Gleichen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatte der Metropolitan von Kiew, Philaret die Ukrainische Orthodoxe Kirche - Kiewer Patriarchat gegründet, die allerdings von anderen orthodoxen Kirche nicht anerkannt wurde. Anerkannt war lediglich die Ukrainische Orthodoxe Kirche - Moskauer Patriarchat.

Die Annexion der Krim und der von Russland begonnene Krieg im Osten der Ukraine hatten die alten Spannungen verschärft. Theologisch gibt es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den unterschiedlichen orthodoxen Kirchen in der Ukraine.

Die russische Kirche ist die größte unter den Orthodoxen, allerdings würde sie mit der Unabhängigkeit der Ukrainer etwa ein Drittel ihrer Gläubigen verlieren und darüber hinaus wertvolle Immobilien.

Der Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios, hat zwei ukrainestämmige, aber in Kanada und den USA lebende Exarchen bestellt, die nach einem Weg suchen sollen, die ukrainischen Kirchen zu einer autokephalen zu einen.

Christenverfolgung

(idea) Kauder: Der Einsatz für verfolgte Christen geht weiter

Volker Kauder wurde im September 2018 überraschend als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgewählt. Über seine Niederlage und seine Pläne sprach der überzeugte Protestant, der dem Pietismus nahesteht, mit idea-Redakteur David Wengenroth.

idea: Wie gehen Sie damit um, dass Sie als Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgewählt worden sind?

Kauder: In der Demokratie kann eine Wahl immer anders ausgehen, als man sich das vorstellt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich 13 Jahre lang das wichtige Amt des Fraktionsvorsitzenden ausüben durfte. In der Niederlage habe ich Halt in meinem Glauben gefunden. Ich konnte zu Gott sagen: Ich habe das nicht verstanden. Aber Du wirst schon wissen, wofür es gut ist, und eines Tages werde ich es auch erfahren. Jetzt widme ich mich neuen Aufgaben.

idea: Wo liegen jetzt die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Kauder: Ich arbeite unter anderem an einem Buch zu dem Thema, wie das christliche Menschenbild heute als Kompass unserer Gesellschaft dienen kann.

Die Kirchen haben ja in den vergangenen Jahrzehnten stark an Einfluss verloren. Mich beschäftigt die Frage, wie wir christliche Werte trotzdem zur Geltung bringen können. Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit ist der Einsatz für Religionsfreiheit und insbesondere für verfolgte Christen, der mich auch in meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender schon intensiv beschäftigt hat.

idea: Wie werden Sie sich in Zukunft konkret für verfolgte Christen einsetzen?

Kauder: Ich werde Vorträge halten und Veranstaltungen durchführen. Ich möchte den Menschen hier in Deutschland deutlich machen, dass in anderen Regionen der Welt Menschen für ihren Glauben drangsaliert werden. Das betrifft nicht nur Christen, aber gerade die Verfolgung von Christen hat stark zugenommen. Zum anderen will ich mit den Kollegen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Strategien entwickeln, wie wir Betroffenen konkret helfen können – etwa in Staaten, die mit Deutschland wirtschaftlich eng zusammenarbeiten, aber die Religionsfreiheit mit Füßen treten

Ehe und Familie

(idea) **Verantwortung für die Familie: Kinderkrippen machen krank**

Scharfe Kritik am Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige in Deutschland üben der Verein „Verantwortung für die Familie“ und die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Christa Meves. Forschungsergebnisse hätten belegt, dass Kinder in Krippen krank werden. Krippen bremsen zudem die Intelligenzentwicklung, heißt es in einem Rundbrief des Vereins. Das Bundesfamilienministerium unter Leitung von Franziska Giffey (SPD) ignoriere solche Untersuchungen. Stattdessen vertrete es die Auffassung: „Forschungsergebnisse sind nicht auf das deutsche System übertragbar.“ Man sei im Ministerium der Ansicht, dass Eltern, die sich um die Erziehung ihrer Kinder selbst kümmern, die Wertschöpfung verringerten und für Steuerausfälle sorgten. Deshalb wolle die Bundesregierung bis 2022 5,5 Milliarden Euro zur Verbesserung der Kita-Betreuung zur Verfügung stellen. Mit dem Hinweis, dass Beruf und Familie miteinander vereinbar seien, würden immer mehr Eltern in die „Kita-Falle“ gelockt, heißt es in dem Rundbrief. 45,2% aller Eltern wünschten sich einen Betreuungsplatz für ihr Kind. 33,1% aller Eltern mit einem unterdreijährigen Kind ließen es „außerfamiliär fremdbetreuen“.

Immer mehr Kinder brauchen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe

Der Verein vertritt die Auffassung, dass diese Betreuung und dieses Geld zu „keiner Verbesserung des Kindeswohls“ führe. So sei in den Jahren von 2008 bis 2016 die Inanspruchnahme der Kinder- und Jugendhilfe um 20% gestiegen. Internationale Studien hätten zudem gezeigt, dass Kinder, die in den ersten 54 Lebensmonaten nicht durch ihre Eltern betreut würden, eine geringere soziale Kompetenz entwickelten. Sie stritten öfter mit anderen Kindern und würden diese auch schlagen. Die Empfindsamkeit für die Mutter werde geschwächt oder ganz verhindert.

Meves: Fachleute halten Krippen für „höchst bedenklich“

Ähnlich äußert sich Meves: „Die Bundesregierung hat Gemeinden genötigt, Krippen für Kleinstkinder zu erstellen, und sie hat es unterlassen, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob Kinderbetreuung in den ersten drei Lebensjahren überhaupt bekömmlich ist.“ Fachleute hielten sie für „höchst bedenklich“. Zur Begründung verweist sie auf eine Studie aus den USA aus dem Jahr 1991, für die über 10.000 Kinder untersucht worden seien. Dabei habe das National Institute of Child Health and Development (Nationales Institut für Kindeswohl und -Entwicklung) herausgefunden, dass

Krippen Kinder schädigten. Auf keinen Fall dürften Kleinkinder in eine Fremdbetreuung abgegeben werden, bevor sie zweieinhalb Jahre seien. Dazu Meves: „Die Erfahrungen, die das Kind in den ersten Lebensjahren macht, haben einen festprägenden Einfluss auf die Charakterentwicklung der Erwachsenen; denn in den ersten Lebensjahren findet der enorme Einfluss der Eindrücke des Kindes auf das sich entfaltende Gehirn statt.“ Erste Symptome für seelische Störungen seien bei Kindern ein Unruhigwerden, Verhaltensstörungen und häufige Krankheiten.

(Die Welt) Kinder müssen spüren, dass sie geliebt sind

Kinder in Deutschland werden viel zu früh in die Kita gegeben. Davon ist der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung für Rheinland-Pfalz und Leiter des dortigen Politischen Bildungsforums, Karl-Heinz B. van Lier überzeugt. Dies hat negative Folgen für die frühkindliche Bindung. Eine Betreuung zu Hause sei für sehr kleine Kinder die bessere Option: „Wenn Kinder ständig im Kollektiv betreut werden, dann werden sie nicht so innovativ und kreativ sein, als wenn sie eine Erziehung genießen, die auf ihre Begabungen und Bedürfnisse abgestimmt ist.“ Van Lier: „Ein Kind muss fühlen, dass es geliebt ist.“ In der Kita würden dagegen Kinder nur betreut statt erzogen. Dort gelte das Prinzip „still, satt, sauber“. Denn es fehlten Tausende Erzieherinnen. Von einem idealen Betreuungsschlüssel – eine Erzieherin für drei Kinder – sei man „noch meilenweit entfernt“.

Familienpolitik ist zu stark arbeitsmarktfixiert

Scharfe Kritik übte der CDU-Experte an der aktuellen Familienpolitik. Sie sei zu stark arbeitsmarktfixiert. Die große Mehrheit der Mütter würde lieber in Teilzeit als in Vollzeit arbeiten, so van Lier. Druck komme auch aus der Wirtschaft, weil Frauen als Fachkräfte gebraucht würden. Deshalb gäben manche Familien schon Babys in die Kita. Der Staat reagiere darauf, indem er versuche, eine kostenlose Kita-Betreuung anzubieten. Doch Familien hätten keine echte Wahlfreiheit: „Ein Kita-Platz kostet den Staat 1.200 bis 1.500 Euro pro Monat. Wenn wir Wahlfreiheit wirklich ernst meinen, müssten diesen Betrag auch die Eltern bekommen, die ihre Kinderbetreuung privat organisieren.“ Das würde die Freiheit der Familie stärken. Nur starke Familien könnten einen starken Staat erhalten. „Das bedeutet auch, dass Kinder vor allem in den ersten drei Jahren feste Bezugspersonen haben, damit sie sich gut entwickeln können.“ Ferner kritisierte van Lier den ökonomischen Druck, der heute auf Familien laste: „Vor 30 Jahren konnte man eine Familie tatsächlich noch mit einem Einkommen ernähren. Man konnte sogar noch ein Einfamilienhaus bauen und ein Auto finanzieren. Das ist heute nicht mehr möglich.“

Kampf für ungeborene Kinder

(div) Papst: Abtreibung ist wie Auftragsmord

Papst Franziskus hat die Abtreibung eines ungeborenen Kindes mit der Beauftragung eines „Killers“ verglichen. Er sprach am 10. Oktober bei der Generalaudienz auf dem Petersplatz im Vatikan über das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“. Eine „in sich widersprüchliche Denkweise“ erlaube Abtreibungen „im Namen des Schutzes anderer Rechte“. Papst Franziskus: „Ist es gerecht, ein menschliches Leben zu beenden, um ein Problem zu lösen? Es ist nicht gerecht, einen Menschen umzubringen, auch wenn er klein ist. Es ist wie einen Auftragsmörder zu mieten, um ein Problem zu lösen. Gott aber liebt das Leben. Jeder Mensch sei ein Werk Gottes“.

Schon Papst Johannes Paul II. verurteilte Abtreibungen scharf und verglich sie mit dem Judenmord. Kardinal Ratzinger - der spätere Papst Benedikt XVI. setzte noch als Präfekt der Glaubenskongregation Abtreibung mit Mord gleich. vB

(idea) **„Bild“-Reporter zur Abtreibung: Für die Allerschwächsten starkmachen**
 Zum Einsatz für den Schutz ungeborener Kinder hat der stellvertretende „Bild“-Chefredakteur Daniel Böcking aufgerufen. Der bekennende evangelische Christ äußerte sich in einem Kommentar für bild.de. Er verweist darauf, dass in Deutschland jährlich über 100.000-mal abgetrieben wird. Für diese Entwicklung finde er keine Antwort – „außer, dass die inneren Hürden niedriger werden. Vielleicht auch der Wert, den wir dem ungeborenen Leben zusprechen.“ Wer das hinterfrage, gelte schnell als verbohrte und reaktionär. Böcking fragt: „Warum ist es nichts Gutes, Mitmenschliches mehr, sich für einen ungeborenen Menschen, für den Allerschwächsten, starkzumachen?“ Jeder trage Verantwortung. Eine Schwangere dürfe sich im Schwangerschaftskonflikt nicht alleingelassen fühlen, auch wenn sie am Ende entscheide. Es könne nicht sein, dass eine werdende Mutter denke, ihr Kind habe keine Perspektive – ob nun bei ihr oder bei neuen Eltern. Hier lohne es sich zu kämpfen, „statt schweigend Abtreibung als Lösung zu akzeptieren“. „Als Christ sehe ich uns als Gottes Geschöpfe – und das nicht erst ab dem vierten Schwangerschaftsmonat.“ Nach Ansicht des „Bild“-Reporters ist das Leben des Kindes wichtiger als das viel zitierte Recht am eigenen Körper. „Ein schlagendes Herz ist für mich Leben. Ein eigener Körper, der geschützt werden muss. Ein Leben, das wichtiger sein kann als ich selbst.“ Abschließend schreibt Böcking: „Ich darf und will niemanden verurteilen, der abgetrieben hat. Was wäre das für eine Anmaßung aus meiner männlichen, sorg- und vermutlich ahnungslosen Perspektive. Eigentlich wollte ich nicht einmal über das Thema schreiben, weil ich weiß, welche Reaktionen drohen. Ich habe es dennoch getan, weil ich für die Kostbarkeit der ungeborenen Kinder eintreten will – und mehr nicht für sie tun kann.“

(idea) **Marsch für das Leben in Washington: Jedes Leben ist einzigartig**

In Washington haben über 100.000 Menschen, darunter viele Jugendliche und junge Erwachsene, am 18. Januar am 46. Marsch für das Leben teilgenommen. US-Vizepräsident Mike Pence verwies auf den Propheten Jeremia (1,5): „Derjenige, der sagt, Ich kannte dich, ehe ich dich im Mutterleibe bereitete“, sagt auch, Ich werde dich nicht aufgeben“. „Die Regierung arbeite daran, die Zahl der Abtreibungen weiter zu reduzieren.“

(idea) **Tausende Teilnehmer beim „Marsch für das Leben“**

Die Veranstalter des „Marche pour la vie“ (Marsch für das Leben) gegen Abtreibung und Sterbehilfe am 20. Januar in Paris sprachen von mehr als 50.000 Teilnehmern, von denen 90% jünger als 35 Jahre alt gewesen seien. Die Polizei meldete 7.400 Gegendemonstranten. Papst Franziskus grüßte die Teilnehmer „herzlich“. Er rief die katholische Kirche zum Einsatz für den Lebensschutz auf. Sie dürfe „nie müde werden, Anwalt des Lebens zu sein“. Franziskus äußerte die „feste Überzeugung, dass man alles Übel, das in der Welt geschieht“ auf „die Verachtung des Lebens“ zurückführen könne. 21 französische Bischöfe unterstützten den Marsch.

(idea) **Lebensrechtlerin fordert Hänel in Offenem Brief zum Umdenken auf**

Die bayerische Landesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), Christiane Lambrecht, hat die Abtreibungsärztin Kristina Hänel in einem offenen Brief

(idea) **EKD-Genderzentrum verweigert Dialog**

Der Gemeindehilfsbund hat dem Studienzentrum der EKD für Genderfragen vorgeworfen, den Dialog zur Frage der Veränderbarkeit der sexuellen Orientierung zu verweigern. Der Geschäftsführer, Johann Hesse, berichtet im Magazin „Aufbruch“ des Bundes (Oktober-Ausgabe) von einer Anfrage bei dem Studienzentrum im Herbst 2016. Hesse bezog sich darin auf einen Forschungsbericht von zwei US-Psychologen von 2016 zu den Themen Sexualität und Geschlecht. Die Universitätsprofessoren Lawrence S. Mayer und Paul R. McHugh kämen darin zu dem Schluss, dass wissenschaftlich „nicht von einer genetisch oder hormonell bestimmten bisexuellen oder homosexuellen Orientierung gesprochen werden kann“, so Hesse. Eine Veränderung der sexuellen Orientierung sei möglich und werde auch so von Menschen erlebt. Hesse fragte das Studienzentrum seiner Schilderung nach, wie diese Studie zu bewerten sei. Nach eineinhalb Jahren habe er lediglich die Antwort erhalten, dass Homosexualität nicht als psychische Krankheit einzuordnen sei.

„Unbequeme Wahrheiten sind nicht gewollt“

In einer zweiten Anfrage habe er nachgehakt, ob „aus gendertheoretischer Sicht die sexuelle Orientierung fluid, veränderbar und damit auch wählbar ist“ und ob die US-Studie nicht eben diese Annahme bestätige. Daraufhin schrieb ihm die Studienleiterin des Zentrums, Oberkirchenrätin Jantine Nierop, dass sie keine weiteren Antworten geben werde. Hesse kommt zu dem Schluss: „Ein ernsthafter Dialog ist offenbar nicht gewünscht. Unbequeme Wahrheiten, die das eigene Weltbild infrage stellen, sind nicht gewollt.“ Die Haltung zeige: „Gendertheorie ist solange gut, wie sie die Demontage des zweigeschlechtlichen Geschlechtermodells und der biblischen Sexualethik unterstützt.“ Wenn sie jedoch die Veränderbarkeit der sexuellen Orientierung unterstütze, „kann plötzlich nicht mehr sein, was nicht sein darf“. Das Denken der kirchlichen Gendertheoretiker sei „tief gespalten“. Das Studienzentrum der EKD zu Genderfragen äußerte sich gegenüber idea nicht zu dem Umgang mit der Anfrage des Gemeindehilfsbunds. Zur inhaltlichen Frage teilte eine Sprecherin mit, es sei „breiter wissenschaftlicher Konsens, dass die sexuelle Orientierung eines Menschen keine veränderbare Größe ist“.

Aufgelesen

(idea) **Studie: Wie palästinensische Attentäter finanziert werden**

Das Mideast Freedom Forum Berlin hat eine Studie veröffentlicht, die das System von Zahlungen der Palästinensischen Autonomiebehörde an palästinensische Attentäter und deren Familien beleuchtet. Demnach erhalten palästinensische Häftlinge, die Anschläge in Israel verüben und in israelischen Gefängnissen sitzen, lebenslange Renten. Familien von Attentätern, die bei Anschlägen in Israel ums Leben kommen, bekommen ebenfalls jahrelang Zuwendungen der Autonomiebehörde, die gesetzlich geregelt sind. Laut der im Oktober vorgestellten Studie beliefen sich diese Zahlungen im Jahr 2017 auf 291,6 Mio Euro. Beispielsweise erhalte ein palästinensischer Gefangener aus Ostjerusalem (verheiratet, zwei Kinder), der zu einer Haftstrafe von 15 bis 20 Jahren verurteilt wird, monatliche Zahlungen von € 1.812. Hinzu komme ein Entlassungsgeld von € 1.882. Das durchschnittliche Einkommen eines Palästinensers im Westjordanland betrage etwa € 683 monatlich. „Diese Praxis leistet Gewalt und Terrorismus Vorschub“, so die Autoren der Studie „Sozialhilfe für Terror und Gewalt?“. Es sei

nicht ausgeschlossen, dass auch deutsche und europäische Hilfsgelder an die Palästinensische Autonomiebehörde für diese Zwecke genutzt werden.

Deutschland zahlt jährlich 161 Millionen Euro

Deutschland unterstützt mehrere Hilfsprojekte in den Palästinensergebieten. Im vergangenen Jahr betrug die Summe der Leistungen laut Studie 161 Mio Euro. Davon seien 85,7 Mio Euro an die Palästinensische Autonomiebehörde geflossen. Zusätzlich unterstütze die EU Projekte der europäisch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit mit rund 300 Mio Euro jährlich. Darin sei die Kofinanzierung der Gehälter von 88% der Beschäftigten der Autonomiebehörde enthalten. Der Studie zufolge sind die Kontrollen der Zahlungsempfänger unzureichend. Sie verhinderten nicht, „dass Personen mit einer terroristischen Vergangenheit unerkant bleiben bzw. Familienangehörige, z. B. Hinterbliebene von Attentätern, auf den Gehaltslisten der Palästinensischen Autonomiebehörde erscheinen“. Aus der Bundesregierung heißt es, Mittel der Entwicklungszusammenarbeit würden projektbezogen zur Verfügung gestellt. Der zweckgebundene Einsatz der Mittel werde kontinuierlich überwacht. Die Mittel der humanitären Hilfe würden nicht über Institutionen der Palästinensischen Behörde umgesetzt.

Zum Nachdenken

Goethe schrieb seinem Freund Eckermann im Dezember 1828: „*Und dann, man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.*“

Das ist heute nicht anders; Mehrheit schafft Wohlgefühl, aber Gefühle können auch trügerisch sein.

"Wenn Menschen gottlos werden, dann sind die Regierungen ratlos, Lügen grenzenlos, Schulden zahllos, ...Politiker charakterlos, ...Völker friedlos, Sitten zügellos, Verbrechen maßlos, ...Aussichten trostlos." (Antoine de Saint-Exupéry zugeschrieben).

Literaturhinweis

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin **ideaSpektrum** erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. **ideaSpektrum** wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich (inkl. Versandkosten** innerhalb Deutschlands):

€ **9,95 im Heft-Abo** (gedruckte Ausgabe)

€ **7,50 im Digital-Abo** (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ **10,95 im AboPlus** (Heft und digitale Ausgabe)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können **ideaSpektrum kostenlos** jetzt **drei Wochen** gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

(0 64 41) 915 - 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken den Freunden, die z.T. seit vielen Jahren mit Spenden die Herausgabe des InfoBriefes unterstützen und hoffen, dass dies auch weiterhin möglich sein wird.

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

In eigener Sache

Wofür wir arbeiten:

Die „Lebendige Gemeinde“ wendet sich an evangelische Christen, die sich nach wie vor an das biblische Zeugnis im reformatorischen Verständnis gebunden wissen.

Sie will die Meinungsbildung fördern, den Mut zur Verantwortung stärken und der Resignation entgegenwirken.

Die „Lebendige Gemeinde“ will dazu beitragen, dass Jesus Christus die alleinige Mitte der Kirche bleibt.

Sie tritt ein für:

- eine Rückbesinnung auf die biblische Heilsbotschaft von Kreuz und Auferstehung

Sie wehrt daher:

- der Reduzierung und Umdeutung der biblischen Botschaft
- einem uferlosen Pluralismus im kirchlichen Bereich
- der Vermischung von Bekenntnisaussagen mit wechselnden Ansichten moderner Zeitströmungen.

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V. herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45240684; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Bis € 200 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden